

**Hans-Günter Szalkiewicz**

**Die chinesische Mauer  
oder  
wie kapitalistisch ist die  
Volksrepublik China?**

**Überlegungen zu den Grundlagen der  
Wirtschaftspolitik der Kommunistischen Partei  
Chinas<sup>1</sup>**

Die Zeitschrift „Theorie und Praxis“, zu deren Herausgeberkreis ich gehörte, hat sich mit der Volksrepublik China beschäftigt. Das geschah in einer Art, die fragwürdig erscheint. Die Behandlung des Gegenstandes könnte man inquisitorisch nennen. Eine Abkehr vom Profil der Zeitschrift, das ursprünglich von dem renommierten Philosophieprofessor Hans Heinz Holz geprägt worden ist, erscheint als möglich und damit verbindet sich die Gefahr, in die „Grabenkämpfe“ abzusinken, die einen produktiven Dialog so behindern.

In der Hauptsache geht es aber um die Auffassungen des Autors<sup>2</sup>, die in den kommunistischen Parteien und in den progressiven Kreisen keine geringe Rolle spielen. Setzen sie sich durch, wird die Spaltung dieser Kräfte vertieft.

Der vorliegende Beitrag kann auch als ein Versuch genommen werden, im Sinne von Hans Heinz Holz theoretische und ideologische Fragestellungen zu behandeln. Damit könnte eine Diskussionsplattform für Interessierte geschaffen werden.

**Bei der Abfassung des vorliegenden Beitrages konnte ich mich auf die Hilfsbereitschaft und die Sachkunde von Rolf Berthold und Richard Corell stützen. Ihnen danke ich hiermit sehr. Auch ohne technischen Beistand kann eine Broschüre nicht entstehen. Das ist die Sache von Michael Czech, dem ebenso mein Dank gebührt.**

---

<sup>1</sup> Der Text wurde von unserem 2017 verstorbenen Genossen im Dezember 2016/Januar 2017 verfasst. Im Zusammenhang mit der Diskussion des Referats von Patrik Köbele „Probleme beim Aufbau des Sozialismus nach der proletarischen Revolution“ erhielt die zentrale Bildungskommission der DKP den Vorschlag, diesen Text der Partei erneut zugänglich zu machen. Deshalb wurde die Broschüre im Oktober 2021 neu gelayoutet (von A5 auf A4 / neue Schriftform und -größe), um sie einfacher zum Ausdruck als PDF-Datei online zur Verfügung stellen zu können. Außerdem wurden Rechtschreibfehler korrigiert.

<sup>2</sup> Anmerkung der Bildungskommission des PV: gemeint ist hier die Auffassung eines der 2016 an der Debatte beteiligten Autoren, Thanasis Spanidis

## Die chinesische Mauer

Der Gegenstand, um den es bei diesem Thema geht, ist in den aktuellen Diskussionen umstritten. Es ist nicht leicht, dazu eine „unbefangene“ Diskussion zustande zu bringen, weil, wie bei allen gesellschaftlich relevanten Fragen, einem immer diese Ideologie in die Quere kommt. Nun ist es aber tatsächlich so, dass jegliche Handlung des Menschen, jede seiner Aktionen, um stattzufinden (vorher) durch den Kopf muss. Solange er seine unmittelbaren Lebensbedürfnisse zu befriedigen hatte, reichte dazu seine Erfahrung im Umgang mit der Natur und eventuell die Vorstellung von der Existenz einer „Gottheit“ aus. Als er aber anfang, gesellschaftliche Beziehungen einzugehen, kommt eine höhere Ebene der Bewusstheit ins Spiel bis hin zu dem Bedürfnis, das Wesen der Gegenstände und Erscheinungen zu erfassen, also theoretisch vorzudringen. Spätestens seit dem Entstehen von Klassengesellschaften bildet sich ein System von gesellschaftlichen Anschauungen heraus, die bestimmte Klasseninteressen zum Ausdruck bringen und entsprechende Verhaltensweisen, Einstellungen und Wertungen einschließen - die Ideologie.

Der Ideologiebegriff hängt mit Bewusstsein zusammen. Für die Arbeiterklasse geht es darum, ihr „das wissenschaftlich begründete und in den organisierten und zielstrebigem Klassenkampf mündende Selbstbewusstsein als Klasse mit einer bestimmten großen historischen Mission zu verleihen“. (1) So steht und fällt mit der Ideologie und mit dem ideologischen Kampf der politische Erfolg der Klasse. Jegliche Vernachlässigung oder Ignoranz dieses Sachverhalts öffnet Räume für die Verbreitung der bürgerlichen Ideologie und für Niederlagen der Arbeiterklasse. Daraus leitet sich ab, dass die gängigen oder vorherrschenden Begriffe ideologische Zustände kennzeichnen, die bestimmten politischen Machtverhältnissen entsprechen. Mit dem Begriff der Verschwörungstheorie z.B. soll das Erkennen der Methoden und Mechanismen des meist kriminellen politischen Kampfes der Institutionen der imperialistischen Mächte verhindert werden. Das, was in Syrien geschieht, sind nicht mehr Aktionen der CIA und der Geheimdienste „befreundeter“ Mächte, sind keine Invasion von Söldnerbanden, von reaktionären ausländischen Mächten organisiert, finanziert und bewaffnet - sie werden zum Volksaufstand, zum Bürgerkrieg gemacht. Je nach politischer Orientierung - ob imperialismushörig oder souverän - werden Machthaber oder Präsidenten, Regimes oder Staaten, Kriegsverbrechen oder humanitäre Aktionen deklariert. Die voraussichtliche Einnahme von Mossul durch irakische Regierungstruppen gilt als eine Befreiungstat, die Vertreibung der Terroristen aus Aleppo durch syrische Regierungstruppen als Kriegsverbrechen. Holocaust klingt unverfänglicher als Völkermord und muss durch den „Normalverbraucher“ erst einmal übersetzt werden.

Mit den Begriffen bekommen Sachverhalte ihre Deutung, ihre Erklärung. Das Wesen der Dinge ist keine Sache der Vernunft oder der Theorie mehr, sondern der Ideologie. Mit den Definitionen erfolgt eine Art Grundlegung dieser ideologischen Bestimmung. Die Menschen, auch die sogenannten aufgeklärten, sind sich schon nicht mehr bewusst, wie sie das begriffliche Instrumentarium der Reaktion und des Opportunismus verinnerlicht haben. Zum größten Problem dieser Betroffenen wird es, kein Bewusstsein von ihrer Manipulierbarkeit mehr zu besitzen.

Die Kenntnis und Erkenntnis der Rolle der Ideologie und des ideologischen Kampfes ist eine Voraussetzung, um den Nebel der bürgerlichen/imperialistischen Propaganda zu durchdringen, eine erste Bedingung für eine wissenschaftliche, d.h. marxistische Betrachtungsweise. Institutionen, die auf dieser Grundlage tätig sind, kämpfen um „die Richtigstellung der Begriffe“. Sie sind meist isoliert, auch, weil die organisierten Kommunisten hier versagen. Die ideologische Vorherrschaft der imperialistischen Bourgeoisie ist umfassend, alle gesellschaftlichen Bereiche erfassend, auch die Kreise, die

sich als fortschrittlich oder gar revolutionär verstehen. Deren Zustand ist der eigentliche Beleg für diesen Sachverhalt, der sich in Opportunismus und Sektierertum manifestiert. Sich als Sozialist oder Kommunist zu erklären oder zu verstehen war noch nie ein Beweis oder Freibrief für eine wissenschaftlich begründete marxistische Position.

Diese ideologischen Zustände prägen die Meinungsbildungsprozesse in den politischen Organisationen, die Suche nach dem Verständnis der Vorgänge und Erscheinungen, den Charakter der Debatten und Auseinandersetzungen und die Methoden dabei. Unter diesen Bedingungen werden Diskussionen zu „Grabenkämpfen“, geht Rechthaben vor dem argumentativen Suchen. Analytisches Denken und Prüfen tritt zunehmend in den Hintergrund und Positionierungen werden axiomatisch. Begriffe und Definitionen werden aus einem ideologisch bestimmten Ansatz heraus in die Debatte hineingeworfen. Die damit verbundenen Argumentationen begründen nur noch das dazu etablierte Gedankengebäude.

\*

Diese Situation kennzeichnet eines der Hauptprobleme der fortschrittlichen Kräfte in Deutschland und anderswo. Sie erklärt deren gesellschaftliche Wirkungs- und Bedeutungslosigkeit, ihre Zersplitterung und Ohnmacht. An jedem politisch bedeutenden Vorgang lässt sich dieses Dilemma ablesen. So auch an der Bewertung des gesellschaftlichen Charakters der Volksrepublik China und der daraus abgeleiteten Haltung zu diesem Staat. Kommt die Rede auf China, überrascht eine allgemeine und geradezu reflexartige Reaktion, die sich - unabhängig von der Fragestellung - in der Erklärung äußert, dass es sich hierbei um ein kapitalistisches Land handelt.

Das so getroffene, ideologisch geprägte Urteil duldet weder Widerspruch noch weitere Abwägungen. Es entsteht der Eindruck, als ständen bei der Anfertigung dieses Bildes keine anderen Farben als nur Schwarz und Weiß zur Verfügung. Bezogen auf die gesellschaftliche Situation geraten damit gegebene Entwicklungsprozesse und Systemzusammenhänge aus dem Blickfeld, alles wird sehr statisch. Für den politischen Kampf werden auf diese Weise äußerst vereinfachte Bedingungssituationen angenommen, die der Vielfalt der Formen und Methoden des Klassenkampfes nicht entsprechen können. Die Zeitschrift „Theorie und Praxis“ wandert mit ihrer Ausgabe 41 vom Juli 2016 in das gekennzeichnete Lager der „Ideologen“ ab, was insofern von Bedeutung ist, als sie - nahe bei der DKP - durch ihren Gründer, Prof. Hans Heinz Holz, ein Profil erhalten hatte, das den politischen und ideologischen Kleinkrieg durch eine fundierte analytische Betrachtungsweise auf marxistischer Grundlage erfolgreich zu ersetzen begann. Das hat ihre Bedeutung ausgemacht.

In der genannten Ausgabe erscheint ein Beitrag über „die Diskussion zum Klassencharakter der VR China“, mit dem auf eine 2015 begonnene Debatte reagiert wird, die in den letzten von der verstorbenen Chefredakteurin Renate Münder redigierten Ausgaben 38 und 39 veröffentlicht worden war. Zunächst kamen Zeise und Vagenas zu Wort und danach Corell (Kommunistische Arbeiterzeitung), Berthold (letzter Botschafter der DDR in der VR China) und Kopf (langjähriger deutscher Mitarbeiter an der Ausgabe der MEGA in China). (2).

In der hier zur Rede stehenden, von Johannes Magel redigierten Ausgabe wird, dem redaktionellen Kommentar entsprechend, eine diese Diskussion abschließende Antwort auf diese Beiträge durch Thanasis Spanidis, einem Vertreter der KKE-Auslandsorganisation in Deutschland<sup>3</sup>, gegeben. Sie trägt den Titel: „Ausdruck der weltanschaulichen Krise der kommunistischen Weltbewegung“ und verrät damit ihr Format. Ihre Hauptthese lautet:

---

<sup>3</sup> Anmerkung der Bildungskommission: Nach unseren Informationen ist diese Aussage zur Beziehung von Thanasis Spanidis zur KKE nicht zutreffend

„China ist kein sozialistisches Land, sondern ein kapitalistisches, das seinen Platz in der imperialistischen Pyramide einzunehmen bestrebt ist.“ ... „Die Politik der KPCh hat die Perspektiven für den Sozialismus auf absehbare Zeit, zumindest ohne eine Revolution von unten unter Führung einer wirklich revolutionären KP, zerstört. ...“ (3).

Damit nähert sich Spanidis der Voraussage eines bedeutenden imperialistischen Strategen an: „Irgendwann werden sich wahrscheinlich die politischen Dissidenten und die sozial Unzufriedenen zusammenschließen, um gemeinsam mehr Demokratie, Meinungsfreiheit und Beachtung der Menschenrechte einzufordern. 1989 auf dem Platz des Himmlischen Friedens war das noch nicht der Fall, aber beim nächsten Mal könnte es durchaus dazu kommen.“ (4) Nun hat sich aber herausgestellt, dass sich „Amerikas Strategie der Vorherrschaft“ nicht mehr in der ursprünglich konzipierten Weise realisieren lässt.

Die Argumentation von Spanidis wird recht rigide in vier Punkten dargelegt. Im ersten wird davon gesprochen, dass die KPCh nur formal eine kommunistische Partei sei. „Das umgesetzte Programm der KP Chinas führt zu einer tiefgreifenden Transformation der ganzen Gesellschaft ... hin zu bürgerlichen Verhältnissen“. (5) Der Argumentationsstrang endet mit dem Hinweis auf die Rolle von Chinas Superreichen.

An dieser Stelle bietet sich der Hinweis darauf an, dass sich Spanidis in seinen grundsätzlichen Bewertungen auf die Zeitschrift „Monthly Review“ stützt, ursprünglich herausgegeben von Paul Sweezy, dem Mann, der Schumpeter, Mandel und Althuser nahestand.

Der zweite Punkt beschäftigt sich mit der Rolle des Staates und gipfelt in der Aussage: „Der Staat fungiert bei der Bildung der chinesischen Monopolbourgeoisie als Katalysator, gerade auch als Anteilseigner an den kapitalistischen Betrieben.“ (6) Dann folgt die „Analyse“ der Außenpolitik, ausgedrückt in den Thesen: „Die Linie Chinas impliziert im Gegenteil, die Rolle der Imperialisten zu verharmlosen und zu verschleiern und wo möglich auf Bündnisse mit ihnen zu orientieren. ... Die KP Chinas orientiert dabei nicht auf das Bündnis mit den klassenbewussten Teilen der Arbeiterklasse und den kommunistischen Parteien ihrer Partnerländer, sondern sie verhandelt mit Vertretern der Regierungen und des Kapitals.“ (7) Die Fragestellung, zur der im letzten, vierten Punkt gegebenen Einschätzung lautet: „China kann den Sozialismus nur über eine lange Zwischenphase erreichen.“ (8)

Dieser Satz könnte ein zentrales und übergreifendes Problem des Übergangs von Kapitalismus zum Sozialismus berühren. Doch darum geht es Spanidis nicht. Bei ihm geht es um ein ideologisch motiviertes „Fallbeil“. Davon sich mit aller Konsequenz abzugrenzen schafft erst die Voraussetzungen, um Fragen nach der konkreten Gestaltung der Übergangsperiode aufzuwerfen und würde die Möglichkeit bieten, die politischen und ökonomischen Vorgänge in der Volksrepublik China in eine sachliche Debatte zu bringen. Spanidis erklärt in diesem Zusammenhang - verkürzt gesagt -, dass die Weiterführung der Politik Mao Zedongs 1976 nicht zu dem von ihm angenommenen heutigen Dilemma geführt hätte. Die KP Chinas habe die sozialistische Zielstellung aufgegeben und er nimmt für sich in Anspruch, feststellen zu können: „Seit einigen Jahren wächst der Widerstand der chinesischen Arbeiterklasse und der Bauernschaft gegen die Politik der Regierung und oft bezieht man sich dabei explizit auf die revolutionären Traditionen der Vergangenheit.“ (9)

\*

Versucht man den konzeptionellen Kern dieser Aussagen zu finden, stößt man zum einen auf ein bestimmtes Revolutionsverständnis und in Verbindung damit auf eine Vorstellung von der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, die von den theoretischen Grundlagen des Marxismus-Leninismus und den Erfahrungen der kommunistischen

Bewegung erheblich abweicht.

In den frühen Analysen dessen, was die sozialistische Revolution ist und was sie zu leisten hat, mussten Bedeutung und Gestaltung der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus eine untergeordnete Rolle spielen. Marx und Engels haben sich zu diesem Thema nur sehr allgemein geäußert. Im Manifest der Kommunistischen Partei sagen sie: „Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates, d.h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats, zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren.“ (10)

1875 sieht sich Marx veranlasst, auf die schwülstigen Erklärungen der Lassalleaner über die künftige Gesellschaft einige theoretische Grundbegriffe zu erläutern. Unter anderem prüft er die Aussage im Gothaer Programm, dass in dieser neuen Gesellschaft „die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gerechter Verteilung des Arbeitsertrages“ zu erfolgen habe. Dazu hält er fest, was in einer „genossenschaftlichen auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft“ mit dem Warenaustausch und den Wertkategorien passiert, um dann den viel zitierten Satz zu sagen: „Womit wir es hier zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eigenen Grundlage *entwickelt* hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft *hervorgeht*, also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig noch behaftet ist mit den Muttermerkmalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt.“ (11)

Und etwas später: „Aber diese Missstände (soziale Ungleichheit bei für alle geltendem gleichen Recht. Sza.) sind unvermeidbar in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft. ... In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft ... kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahnen schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen.“ (12) Hier und in anderen Zusammenhängen zeigt sich, dass man mit dem Begriff der kommunistischen Gesellschaft nicht statisch und bedingungsunabhängig umgehen darf. Doch wo Klassikerzitate analytisches Denken ersetzen wird leicht übersehen, dass die sozialistische/kommunistische Gesellschaftsformation ihre Entwicklungsstadien hat und dass man sie nicht von ihrem Ende her, vom Zustand ihrer Vervollkommnung, richtig erklären kann.

Wir müssen hier - obwohl es eigentlich gegen die ideologisch geprägte Attacke von Spanidis geht - noch einen „Umweg“ einschlagen. Er hängt wieder zusammen mit dem Hang, mit Zitaten analytisches Denken zu ersetzen.

1880 beschreibt Friedrich Engels die Situation nach dem Sieg der proletarischen Revolution. Er sagt im Anti-Dühring: „Das Proletariat ergreift die öffentliche Gewalt und verwandelt kraft dieser Gewalt die den Händen der Bourgeoisie entgleitenden gesellschaftliche Produktionsmittel in öffentliches Eigentum. ... Eine gesellschaftliche Produktion nach vorbereitendem Plan wird nunmehr möglich. Die Entwicklung der Produktion macht die fernere Existenz verschiedener Gesellschaftsklassen zu einem Anachronismus. ... Der Staat wird nicht 'abgeschafft', *er stirbt ab*. ... Mit der Besitzergreifung durch die Gesellschaft ist die Warenproduktion beseitigt und damit die Herrschaft des Produkts über die Produzenten.“ (13) Was hier gekennzeichnet wird sind Wesensmerkmale einer kommunistischen Gesellschaftsformation und sie werden genannt im Zusammenhang mit der marxistischen Formationslehre, bei der Engels im vorliegenden Fall drei gesellschaftliche Formationen nennt: Die „Mittelalterliche Gesellschaft“, die „Kapitalistische Revolution“ und die „Proletarische Revolution“. Diese Aussagen zu benutzen, um konkrete historische Vorgänge in ein gedankliches Korsett zu zwängen, gehört zu den Methoden der Leute, die es mit dem Marxismus nicht so ernst nehmen oder die, ideologisch bedingt, marxistische Positionen bekämpfen. Das Erfassen des historischen Platzes der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus wäre

aber eine Bedingung, um eine Partei nicht zu verteufeln, die sich auf diesem Wege versucht.

\*

Bis hierher ist das Thema „Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus“ im Bereich allgemeiner theoretischer Überlegungen geblieben. Mit dem Herannahen der sozialistischen Revolution in Russland wird es zu einer Fragestellung, die theoretisch gelöst werden muss, um die nächsten praktischen politischen Schritte gehen zu können. Was jetzt konzeptionell entsteht, gehört zu den grundlegenden Erkenntnissen von der sozialistischen Revolution. Diese Aufgabe wird durch Lenin und die KPR (B) bewältigt.

Noch vor der Oktoberrevolution, im September 1917, als das Land unter Krieg und wachsendem Hunger leidet, führt Lenin eine scharfe Auseinandersetzung mit den Menschewiki und den Sozialrevolutionären, die Russland noch nicht reif für den Sozialismus halten. In diesem Zusammenhang sagt er: „Man wird sehen, daß der staatsmonopolistische Kapitalismus in einem wirklich revolutionär-demokratischen Staat unweigerlich, unvermeidlich einen Schritt, ja mehrere Schritte zum Sozialismus hin bedeutet! ...

Der Sozialismus ist nichts anderes als der nächste Schritt vorwärts über das staatskapitalistische Monopol hinaus.“ (14)

Im Frühjahr 1918 knüpft Lenin in seinem Artikel „Über `linke` Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit“ an das von Marx in der Kritik des Gothaer Programm Gesagte an: „Was aber bedeutet das Wort Übergang? Bedeutet es nicht in Anwendung auf die Wirtschaft, daß in der betreffenden Gesellschaftsordnung Elemente, Teilchen, Stückchen *sowohl* des Kapitalismus *als auch* des Sozialismus vorhanden sind?“ (15) Das anzuerkennen ist nicht das Problem, sagt Lenin. Der Kern der Frage bestehe darin, sich der bestehenden verschiedenen gesellschaftlichen Wirtschaftsformen in Russland bewusst zu werden. Und er zählt auf: Die patriarchalische Bauernwirtschaft, die kleine Warenproduktion, den privatwirtschaftlichen Kapitalismus, den Staatskapitalismus und den Sozialismus, um dann zu erklären, zwischen welchen Formen sich der Hauptkampf abspielt. „Hier kämpft nicht der Staatskapitalismus gegen den Sozialismus, sondern die Kleinbourgeoisie plus privatwirtschaftlicher Kapitalismus kämpfen zusammen, gemeinsam, sowohl gegen den Staatskapitalismus als auch gegen den Sozialismus.“ (16)

Zu Beginn des Jahres 1921 trat eine neue, äußerst gefährliche Krisensituation ein. Die Wirtschaft Russlands lag nach dem Sieg über die Interventionsarmeen und die Weißgardisten völlig am Boden, Bauernaufstände spitzten die politische Situation zu, Tausende starben an Hunger. Es begann - nach Lenin - der Rückzug vom unmittelbaren Vorwärtsschreiten der Revolution. Gegenüber den Bauern wurde die Ablieferungspflicht durch die Naturalsteuer ersetzt, ein wesentliches Element der „Neuen Ökonomischen Politik“, zu der die KPR (B) überging. Von hier an bis zu seinem Tode Anfang 1924 kämpfte Lenin um das Verständnis des Wesens dieser neuen Wirtschaftspolitik, mit der - ausgehend von den russischen Bedingungen - die grundlegenden Problemstellungen und Aufgaben der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus markiert werden. In diesem Zusammenhang ist unbedingt festzuhalten, dass die von den Bolschewiki nach 1921 betriebene Wirtschaftspolitik nicht auf ein Reagieren auf die eingetretene Krisensituation reduziert werden kann. Das würde, gewollt oder nicht, vom Kern der Frage nach der Gestaltung der Übergangsperiode ablenken.

Im Folgenden werden Einschätzungen und Feststellungen Lenins, die Übergangsperiode betreffend, chronologisch dargestellt.

Mai 1921:

„Der Kapitalismus ist ein Segen gegenüber dem Mittelalter, gegenüber der Kleinproduktion, gegenüber dem mit der Zersplitterung der Kleinproduzenten zusammenhängenden Bürokratismus. ... Insofern ist der Kapitalismus in gewissem Maße unvermeidlich als das elementar entstehende Produkt der Kleinproduktion und des Austausches, und insofern müssen wir uns den Kapitalismus zunutze machen (besonders indem wir ihn in das Fahrwasser des Staatskapitalismus leiten) als vermittelndes Kettenglied zwischen der Kleinproduktion und dem Sozialismus als Mittel ... zur Steigerung der Produktivkräfte.“ (17)

„Infolge der traurigen Verhältnisse unserer Wirklichkeit sind die Proletarier gezwungen, ihre Zuflucht zu nichtproletarischen Verdienstmethode zu nehmen, die nicht mit der Großindustrie zusammenhängen, sondern kleinbürgerliche Schleichhandelmethode sind. .... Hier entsteht für uns die ökonomische Hauptgefahr, die Hauptgefahr für die ganze Existenz der Sowjetordnung.“ (18) Man muss die Bauernschaft lange und mit viel Mühe und unter großen Entbehrungen ummodellieren. ... Wenn die Bauernschaft augenblicklich mehr ermüdet, mehr erschöpft ist ..., so machen wir ihr auch mehr Zugeständnisse zur Sicherung gegen eine Restauration des Kapitalismus und für die Sicherung der Wege zum Kommunismus.“ (19)

Oktober 1921:

„Gegen Frühjahr 1921 wurde es klar, daß wir bei dem Versuch, 'im Sturmangriff', d.h. in der kürzesten, raschesten, unmittelbarsten Weise zu den sozialistischen Grundlagen der Produktion und Verteilung überzugehen, eine Niederlage erlitten hatten. Die politische Situation im Frühjahr 1921 zeigte uns, daß wir uns unvermeidlich in einer Reihe von wirtschaftlichen Fragen auf die Positionen des Staatskapitalismus zurückziehen, vom „Sturmangriff“ zur „Belagerung“ übergehen mussten. ... Wenn dieser Übergang bei dem einen oder anderen Klagen, Geflenne, Kleinmut, Entrüstung hervorruft, so muß gesagt werden: Eine Niederlage einzugestehen ist nicht so gefährlich wie die Angst davor, seine Niederlage einzugestehen, die Angst, alle Konsequenzen daraus zu ziehen.“ (20)

„Im Frühjahr sagten wir, daß wir uns nicht scheuen werden, zum Staatskapitalismus zurückzukehren, und formulierten unsere Aufgabe dahin, daß wir eben den Warenaustausch in Ordnung bringen müssen. ...

Was war in diesem Begriff enthalten? Welches war, wenn man so sagen darf, der in diesem Begriff vorausgesetzte Aufbauplan? Es wurde vorausgesetzt, daß im ganzen Staat die Industrieerzeugnisse gegen die landwirtschaftlichen mehr oder minder sozialistisch ausgetauscht werden und daß durch diesen Warenaustausch die Großindustrie als die einzige Grundlage der sozialistischen Organisation wiederaufgebaut wird. ... Es stellte sich heraus ..., daß der Warenaustausch gescheitert ist, gescheitert in dem Sinne, daß er in Kauf und Verkauf einmündete. ... Wir müssen erkennen, daß ... wir einen zusätzlichen Rückzug antreten müssen, noch weiter zurück, indem wir vom Staatskapitalismus zur staatlichen Regelung des Kaufs und Verkaufs und des Geldumlaufs übergehen. Der Warenaustausch war ein Fehlschlag, der Privatmarkt hat sich als stärker erwiesen als wir. ... (21)

„Die Lage, die durch unsere „Neue Ökonomische Politik“ geschaffen worden ist - die Entwicklung kleiner Handelsbetriebe, Verpachtung von Staatsbetrieben usw. -, all dies bedeutet Entwicklung kapitalistischer Verhältnisse, und das nicht sehen zu wollen, würde bedeuten, völlig den Kopf zu verlieren. Selbstverständlich ist die Stärkung der kapitalistischen Verhältnisse schon an und für sich eine Verschärfung der Gefahr. Können Sie mir aber irgendeinen Weg in der Revolution, irgendwelche Etappen und Methoden der Revolution aufzeigen, bei denen es keine Gefahr gibt?“ (22)

November 1921:

„Die theoretische Frage lautet: Wie erklärt sich nach einer Reihe revolutionärster Handlungen der Übergang zu außerordentlich 'reformistischen' Handlungen auf demselben Kampffeld und angesichts des allgemein siegreichen Verlaufs der Revolution im ganzen? ... Völlig zu Ende geführt ist nur die bürgerlich-demokratische Arbeit unserer Revolution. ... Jede Stufe, die wir bei der Entwicklung der Produktivkräfte und der Kultur vorwärts und aufwärts kommen, muß von einer weiteren Ausgestaltung und Umgestaltung unseres Sowjetsystems begleitet sein, und wir stehen wirtschaftlich und kulturell auf einer sehr niedrigen Stufe. ... Man muß es verstehen, in jedem Augenblick jenes besondere Kettenglied zu finden, das mit aller Kraft angepackt werden muß, um die ganze Kette zu halten. ... Im gegebenen Augenblick ist auf dem Tätigkeitsgebiet, von dem die Rede ist, ein solches Kettenglied die Belebung des inneren Handels bei richtiger Regelung (Lenkung) durch den Staat.“ (23)

„Wir müssen nicht nur wissen, wie wir zu handeln haben, wenn wir direkt zum Angriff übergehen und dabei siegen. ... Ich meine also, die Idee, daß wir den Rückzug vorbereiten müssen, ist sehr wichtig, und zwar nicht nur vom theoretischen Standpunkt aus. Auch vom praktischen Standpunkt aus müssen jetzt alle Parteien, die sich anschicken, in nächster Zeit zum direkten Angriff gegen den Kapitalismus überzugehen, auch daran denken, wie der Rückzug zu sichern ist. ... Nachdem ich nun betont habe, daß wir den Staatskapitalismus schon 1918 als mögliche Rückzugstellung bezeichnet haben, gehe ich zu den Resultaten unserer Neuen Ökonomischen Politik über. Ich wiederhole: Damals war das noch eine ganz vage Idee, im Jahre 1921 aber ... kam es zu einer großen - ich glaube, der größten - innerpolitischen Krise Sowjetrußlands. ... Die Ursache war, daß wir bei unserem ökonomischen Vordringen zu weit gegangen waren, daß wir unsere Basis nicht genügend gesichert hatten, daß die Massen schon fühlten, was wir damals noch nicht bewusst zu formulieren vermochten, ... nämlich daß der direkte Übergang zu einer rein sozialistischen Wirtschaftsform, zur rein sozialistischen Verteilung der Güter unsere Kräfte übersteigt.“ (24)

„Der Staatskapitalismus, den wir bei uns geschaffen haben, ist ein eigenartiger Staatskapitalismus. Er entspricht nicht dem gewöhnlichen Begriff des Staatskapitalismus. Wir halten alle Kommandohöhen in unseren Händen, wir haben den Grund und Boden, der dem Staat gehört.“ (25)

Dezember 1921:

„Wir sind in der politischen und militärischen Epoche viel weiter gegangen, als es uns das ökonomische Bündnis der Arbeiter und Bauern unmittelbar gestattete. Wir mußten das tun, um den Feind zu besiegen. ... In der ökonomischen Arena jedoch erlitten wir eine ganze Reihe von Niederlagen. ... Wir können hier unsere Ziele nicht so schnell erreichen, wie uns das auf politischem und militärischem Gebiet gelungen ist. Wir können hier nicht stoßweise und sprungweise vorwärtsgehen, und die Fristen sind hier anders bemessen - sie zählen nach Jahrzehnten.“ (26) „Die Aufgabe, die wir jetzt lösen, vorläufig - vorübergehend - allein, scheint eine rein russische Aufgabe zu sein, in Wirklichkeit aber ist es eine Aufgabe vor der alle Sozialisten stehen werden.“ (27)

Lenin und seine Anhänger fanden in der KPR (B) und in den Parteien der Komintern nicht nur Unterstützer ihrer Position. Die Anerkennung der Grundsätze der „Neuen Ökonomischen Politik“ bedurfte einer außerordentlichen theoretischen und ideologischen Anstrengung, um den revolutionären Vormarsch zu retten. „Jede neue Wendung in der Geschichte ruft gewisse Veränderungen in der Form der kleinbürgerlichen Schwankungen hervor, die stets neben dem Proletariat auftreten und stets in diesem oder jenem Maße in das Proletariat eindringen. ... Kleinbürgerlicher Reformismus, d.h. mit biederem demokratischen und „sozial“demokratischen Phrasen und ohnmächtigen Wünschen verbrämtes Lakaien-tum vor der Bourgeoisie, und kleinbürgerlicher

Revolutionarismus, drohend, aufgeblasen und großtuerisch in Worten, ein zersplittertes, atomisiertes, kopfloses Nichts in der Tat – das sind die beiden 'Ströme' dieser Schwankungen. ...

Das Grundmotiv bei den Menschewiki und ihren Nachbetern ist: 'Die Bolschewiki haben kehrtgemacht zum Kapitalismus, nun ist es aus mit ihnen.' ... Das Grundmotiv bei den Halbanarchisten vom Schlage der deutschen 'Kommunistischen Arbeiterpartei' ... oder jenes Teils unserer ehemaligen Arbeiteropposition, der die Partei verlassen hat oder von ihr abfällt, ist: 'Die Bolschewiki glauben jetzt nicht an die Arbeiterklasse!' " (28)

\*

Nimmt man die fünf Jahre des Kampfes der KPR (B) seit dem Oktober 1917, ihre Beschlüsse, Maßnahmen und Auseinandersetzungen bezogen auf die Wirtschaftspolitik und in diesem Zusammenhang die Analysen und Orientierungen Lenins, die er bis zu seinem dritten, letzten Krankheitsanfall im März 1923 formuliert und gegeben hat, führt das zusammengefasst, bezogen auf die Thematik der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, zu den folgenden Überlegungen:

1. Der Begriff der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus lässt zunächst offen, ob in diesem historischen Zeitabschnitt etwas gesellschaftsformatorisch Eigenes und Besonders existiert oder ob hier nur ein Prozess der Überwindung von nicht dem Kommunismus entsprechenden gesellschaftlichen Erscheinungen und Merkmalen stattfindet. In dem letzten Sinne wäre der Sozialismus nur ein relativ kurzzeitiger - episodenhafter - Gesellschaftsprozess, in dem nach der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat das Privateigentum an den Produktionsmitteln abzuschaffen, die Konkurrenz durch eine gesamtgesellschaftliche Planung zu ersetzen ist und die Produzenten in eine entsprechende Produktionsorganisation (z.B. Volkskommunen) gebracht werden müssen.

Wenn diese Faktoren die Übergangsperiode ausmachen, erscheint eine zielstrebige, an der geltenden Konzeption orientierte Realisierung des Übergangs zur kommunistischen Gesellschaftsformation nur davon abhängig zu sein, wie entschlossen der revolutionäre Prozess vorangetrieben wird und ihre Protagonisten im Sinne des vorgedachten Projektes handeln. Diese Frage schien nicht zuletzt durch Lenin theoretisch und praktisch beantwortet zu sein. In der Entwicklung Sowjetrusslands/der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder wurde diese Fragestellung in der politischen Praxis jedoch mehr oder minder verdrängt.

2. Die Neue Ökonomische Politik wurde 1936 in der Sowjetunion beendet. Der VIII. Sowjetkongress nahm in diesem Jahr die neue Verfassung an, die zu dieser Zeit fortschrittlichste der Welt. In ihr wurde der Sieg des Sozialismus erklärt. Die Zeit danach war keine Zeit von Diskussionen über die Gestaltung des gesellschaftlichen, speziell des ökonomischen Systems der Sowjetunion. Nach dem Krieg wurde sie wieder aufgegriffen und dass in einer Art und Weise, die an die Auseinandersetzungen zur Neuen Ökonomischen Politik erinnert. In der Schrift von 1952 „Ökonomische Probleme des Sozialismus“ setzt sich Stalin mit groben Vereinfachungen der politischen Ökonomie des Sozialismus im Zusammenhang mit der Rolle von Warenproduktion und Wertgesetz im Sozialismus auseinander. Das geschieht aber - nach den politischen und ökonomischen Gegebenheiten der Sowjetunion völlig verständlich - in den Grenzen, die mit dem inzwischen etablierten planwirtschaftlichen Wirtschaftssystem geschaffen worden waren. 1961 beschließt der XXII. Parteitag der KPdSU ein neues Programm und ein neues Parteistatut. In den

Kommentaren dazu heißt es: „Das Programm, das ‚Kommunistische Manifest unserer Epoche‘, skizzierte ein umfassendes Bild der zukünftigen kommunistischen Gesellschaft und weist den Weg, wie dieses Ziel in kürzester Frist erreicht werden kann.“ Damit waren Fragestellungen nach dem ökonomischen System des Sozialismus in einer Art entschieden, bei der es mehr oder weniger nur noch darum ging, die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft quantitativ zu entwickeln.

In der DDR war damit die Suche nach einem effektiven ökonomischen System des Sozialismus, selbstverständlich beeinflusst durch die theoretische und praktische Tätigkeit der KPdSU, noch nicht beendet. Walter Ulbricht registrierte, dass wenig beachtet worden sei, dass sich der Sozialismus auf seiner eigenen Grundlage entwickle. Davon ausgehend kam es zu der für die Theorie des Sozialismus bedeutsamen Aussage: „Der Sozialismus ist nicht eine kurzfristige Übergangsphase in der Entwicklung der Gesellschaft, sondern eine relativ selbständige sozial-ökonomische Formation in der historischen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus im Weltmaßstab.“ (29) Damit verbindet sich die Konsequenz: „Die Gesetzmäßigkeiten und Kategorien der sozialistischen Gesellschaftsformation, darunter Warenproduktion, Wertgesetz, Preis und Gewinn, wirken auf ihrer eigenen sozialökonomischen Grundlage. Diese Kategorien existieren auch im Sozialismus objektiv, weil sie zutiefst in den gegenwärtigen konkreten Bedingungen des Wechselverhältnisses von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen verwurzelt sind. Deshalb besteht die Aufgabe der wissenschaftlichen Führungstätigkeit beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft nicht darin, diese Kategorien zu überwinden, sondern darin, sie im Interesse der Werktätigen vollständig auszunutzen.“ (Ulbricht) (30)

Das Lehrbuch „Politische Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus“ enthält ein ganzes Kapitel zu diesem Thema: „Die Theorie der Übergangsperiode“. (31)

Um zu unterstreichen, dass die Diskussion über den historischen Platz und die Bedeutung der Übergangsperiode noch längst nicht abgeschlossen ist, werfen wir noch einen kurzen Blick auf das sozialistische Kuba. Dieses Land, durch die Niederlage des Sozialismus in Europa verlassen von seinen Partnern und verraten durch einige von ihnen, befand sich nach 1990 in einer existenziellen Krise. Um ohne Preisgabe seines politischen Systems zu überleben, war es gezwungen, eine Art „Kriegskommunismus“ einzuführen, die „Spezialperiode“. Für die Menschen bestand die Überlebenschance darin, ein Minimum an Lebensmitteln zu erhalten, was mit den sogenannten Libretta organisiert worden ist, den kleinen Heften, in denen der Erhalt von einigen Grundnahrungsmitteln quittiert wurde. Diese „Libretta“ bestehen bis heute und neben ihnen gibt es in der Wirtschaft Kubas noch ein zweites „Verteilungssystem“, das mit dem Peso Convertible funktioniert, mit dem man, falls man ihn besitzt, das ganze über die Grundversorgung hinausgehende Warenspektrum erwerben kann. Dahinter verbirgt sich eine „handfeste“ ökonomische Problematik, nämlich die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes und damit die große Differenz zwischen Bedarf und Aufkommen an Konsumtionsmitteln und - was bedeutsamer ist - die ökonomisch ineffektive Wirkung des Verteilungssystems. Was mit dem VI. Parteitag der KP Kubas und mit den „Leitlinien der Wirtschafts- und Sozialpolitik“ begonnen worden ist, steht im engen Zusammenhang mit den Grundfragen der Übergangsperiode. Die KP Kubas beginnt mit größter Behutsamkeit Elemente des Marktes in das ökonomische System des Sozialismus der Insel zu installieren. Es geht unter anderem darum, die Leistungsbereitschaft der Produzenten zu stimulieren und das Wirtschaftssystem insgesamt effektiver zu gestalten. Auch hier jammern wieder die Spießler, dass mit dem Sozialismus etwas „schiefehen“ könnte und entrüsten sich - wie gehabt - die linken Sektierer.

3. Kommen wir auf die Frage zurück, was diese relative Selbständigkeit des sozialistischen Stadiums, seine formationsspezifischen Eigenheiten begründen könnte. Die einfachste, weil eingängigste Erklärung steht im Zusammenhang mit der Bedeutung des Niveaus der Arbeitsproduktivität für die Abfolge der Gesellschaftsformationen, der Rolle der Produktivkräfte. Um ein bestimmtes Niveau der Arbeitsproduktivität zu erreichen braucht es natürlich einige Zeit, noch dazu bei der Ablösung des Kapitalismus als dem bisher produktivsten Wirtschaftssystem in der Geschichte. Die dazu angestellten Betrachtungen erschöpfen sich oft in der Wiedergabe des bekannten Lenin-Zitats, weniger werden die Bedingungen der Steigerung der Arbeitsproduktivität im Sozialismus hinterfragt. Jeder Schritt in der Entwicklung der Produktivität ist mit den Arbeitsinstrumenten verbunden. Das waren beim Aufstieg des Kapitalismus die Dampf-, die Spinn- und andere Maschinen. Heute geht es viel wissenschaftsintensiver zu. Um die industrielle Revolution zu bewerkstelligen benötigten ihre Träger einen außerordentlichen ökonomischen Hebel, die ursprüngliche Akkumulation. Mit ihr wurde über Jahrhunderte das ökonomische Potential geschaffen, das den massenhaften Einsatz von Maschinen erlaubte und den stürmischen Siegeszug der kapitalistischen Produktionsweise ermöglichte. Akkumulationskraft ist das Zauberwort, was natürlich auch für den Sozialismus und im Zusammenhang mit der wissenschaftlich-technischen Revolution gilt. Sie zu mobilisieren - bei allgemein schlechten historischen Bedingungen und fehlenden äußeren Quellen - ist im Grunde genommen nur dadurch möglich, dass effektiver gearbeitet wird und - zeitweilig -, dass eine der existierenden Klassen, z.B. die Bauernschaft, „zur Kasse gebeten“ wird. Nun kann sich aber der Sozialismus selbst bei den dringendsten Akkumulationserfordernissen nicht als soziales System verleugnen. Also fallen bei ihm alle Möglichkeiten in der Art einer „ursprünglichen Akkumulation“ aus. Wer sich ein Bild von den Folgen dieser Problematik machen will, studiere die Verhältnisse in Sowjetrußland in den Jahren nach dem Sieg der Revolution bis in die 1930er Jahre hinein.

Vielleicht wird damit auch verständlicher, was Lenin dazu gebracht hat, nach dem Sieg der Revolution von der Notwendigkeit einer Reformpolitik im Unterschied zum „revolutionären Angriff“ zu sprechen. Bei Sicherung der politischen Macht des Proletariats - waren zwei Faktoren/Bedingungen von Bedeutung:

Die Notwendigkeit der Sicherung des Bündnisses zwischen Proletariat und Bauernschaft, das nur über entsprechende ökonomische Beziehungen (im Unterschied zu staatlich organisierten Verteilungssystemen) zu gewährleisten war.

Die Notwendigkeit, ein ökonomisches System zu finden und zu installieren, das die Leistungsbereitschaft und Initiative der Akteure auf allen gesellschaftlichen Ebenen garantiert, ohne die ein Produktionsaufschwung und eine Produktivitätssteigerung nicht zu erreichen sind.

Diese Akkumulationsproblematik und ihre Bewältigung zählen neben der Sicherung der politischen Macht der Arbeiterklasse zu den zentralen Grundfragen des Sozialismus.

4. Es spricht also einiges dafür, dieser Übergangsperiode formationsspezifische Eigenschaften des Sozialismus zuzusprechen, deren Eigenheiten nicht dadurch aufgehoben werden, dass das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln auch im höheren Stadium des Kommunismus bestimmend ist. Es hat sich gezeigt, dass ein dem Kapitalismus überlegenes Produktivitätsniveau eine Epochenaufgabe ist, die unter der Bedingung einer gesicherten politischen Herrschaft des Proletariats nur mit einem ökonomischen Mechanismus zu bewältigen ist, der eine optimale Leistungsbereitschaft und eine hohe Initiative der

Produzenten sichert. Dieser Mechanismus ist in seiner „Urform“ in Sowjetrußland mit der „Neuen Ökonomischen Politik“ unter Lenin gefunden worden und er wird inzwischen seit fast 40 Jahren in der Volksrepublik China mit großer Umsicht zu gestalten versucht.

Stellt man sich nach dem Gesagten auf die Positionen Lenins, wären die Auffassungen von Spanidis in die Kategorie „kleinbürgerlicher Revolutionarismus“ einzuordnen. Die Auseinandersetzung mit ihnen auf der ideologischen Ebene zu belassen, würde zu den üblichen Grabenkämpfen führen, denen man nicht immer ausweichen kann, die aber erfahrungsgemäß nicht helfen, politische Kräfte im Kampf für den Sozialismus zusammenzuführen.

Spanidis schreibt zu möglichen Alternativen in der Politik der KP Chinas: „Obwohl in China 1949 die objektiven Bedingungen für den Sozialismus kaum erfüllt waren, drängte die revolutionäre Entwicklung auch damals schon sehr schnell zum Sozialismus. ... Angesichts der positiven Gesamtbilanz gab es bei Maos Tod 1976 wenig objektive Gründe, an der Richtigkeit der grundlegenden Orientierung auf den sozialistischen Aufbau zu zweifeln. ... Die Strategie der chinesischen KP hat nach 1978 die sozialistische Zielstellung und die Interessen seiner Arbeiterklasse dem Wachstumsziel geopfert. Der wachsende Lebensstandard und die Verringerung der Armut ... gehen einher mit explodierender sozialer Ungleichheit, hemmungsloser Ausbeutung großer Teile der Arbeiterklasse ... sowie einer Desorganisation und Entmachtung der Arbeiterklasse.“ (31)

Hier wäre zu fragen, was es denn heißt, „die objektiven Bedingungen für den Sozialismus seien kaum erfüllt“? Und was ist eine „revolutionäre Entwicklung“, die „sehr schnell zum Sozialismus“ drängt? Sind das nicht auch Worthülsen, „drohend, aufgeblasen und großtuerisch ...“? (Lenin)

Die Lage in China im Jahre 1949 war kaum weniger dramatisch als die ökonomische Situation in Sowjetrußland des Jahres 1921.

Der Staat, der am 1. Oktober 1949 als Volksrepublik proklamiert wurde war, aus einer halbkolonialen und feudalen Situation kommend, nach drei Bürgerkriegen, dem Kampf gegen die Kolonialmächte, speziell die Aggression des japanischen Imperialismus von 1931 bis 1945, die nicht weniger brutal und vernichtend verlief als die des deutschen Faschismus in Europa, völlig zerrüttet. Marodierende Banden durchzogen das Land, der Hungertod grassierte. Soweit noch produziert wurde, geschah das auf einem Produktivitätsniveau, das vom jahrtausendealten Hakenpflug geprägt war. Die Bevölkerung, die bis Mitte der 40er Jahre des 20. Jahrhunderts auf etwa 510 Millionen angestiegen war, ging bis 1949 um fast 50 Millionen zurück. Fast 90 Prozent dieser Bevölkerung lebten auf dem Lande. Der Anteil der Industrie an der Gesamtproduktion betrug 17 Prozent. In der Zeit vor 1949 hatten die Kommunisten einen äußerst verlustreichen Befreiungskampf geführt. Sie hatten Sowjetgebiete gebildet und begonnen, das politische und wirtschaftliche Leben zu organisieren. Wenn mit dem Sieg der Revolution ein mächtiger Drang entstand, die gesellschaftlichen Verhältnisse zügig revolutionär zu verändern und das bäuerliche Land forciert zu industrialisieren, war das nur zu begründet und bedurfte keinerlei Belehrungen.

Dabei waren die Jahre unmittelbar nach der Gründung der Volksrepublik durch eine umsichtige Wirtschaftspolitik gekennzeichnet. Das ausländische Kapital wurde liquidiert, die Betriebe der Grundstoffindustrie wurden verstaatlicht. Die Führung der KP Chinas ging von der Existenz von fünf Sektoren aus: Dem staatlichen Sektor, dem genossenschaftlichen, dem Sektor der kleinen Warenproduktion, dem privatkapitalistischen und dem staatskapitalistischen Sektor. Das Leninsche Konzept der „Neuen Ökonomischen Politik“ war dabei vermutlich nicht bekannt.

Die chinesischen Kommunisten haben auf die nach der Revolution auftretenden Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung eigene Antworten gefunden, was durch die

spezifischen Bedingungen des Landes begründet war. In der verfolgten Wirtschaftspolitik lässt sich aber nicht alles auf die spezifischen Landesbedingungen zurückführen. Der Hang, die Revolution voranzutreiben, also gesellschaftliche Umgestaltungen zu forcieren, setzte sich durch. Die allgemeine Situation, gebildet aus niedriger Produktivität, geringem Industrialisierungsgrad, der Existenz verschiedener Produktionsverhältnisse und nichtrevolutionärer Klassen usw. sollte in einer Art Sturmangriff bewältigt werden. Bereits in der ersten Hälfte der 50er Jahre werden alle landwirtschaftlichen Haushalte in kurzer Frist in Genossenschaften überführt und kurz danach über 26000 Volkskommunen gegründet, die neben der landwirtschaftlichen auch die industrielle Produktion voranbringen sollten. Die innerparteilichen Auseinandersetzungen, die sich über diesen Weg entfalteten, versuchte die Führung mit der „Kulturrevolution“ zugunsten des schnellen revolutionären Fortschreitens zu entscheiden.

Besonders die Volkskommunen haben die Anhänger der chinesischen Revolution gespalten. Die einen sahen und sehen in ihnen die typische und wesenseigene Grundlage des Sozialismus, die anderen bewerten diese Aktion als voluntaristischen Versuch, den sozialistischen Aufbau formal und administrativ zu bewältigen. Richard Corell schreibt dazu: „Insgesamt organisierte sich fast eine halbe Milliarde Menschen zwischen August und Dezember 1958 in rund 26000 Kommunen. ... Die Entscheidungsbefugnisse in den Betrieben wurden der technokratischen Managerelite zum Großteil entrissen.“ (32) „So sollte bereits in etwa 10 - 20 Jahren der Kommunismus auch im industriell unterentwickelten ländlichen Bereich erreicht werden können.“ (33)

In der „Kurzen Geschichte der KP Chinas“ heißt es dazu: „Der „Große Sprung“ und die Volkskommunen sind ein ernster Fehler der Partei im Prozess der Erkundung eines eigenen Weges Chinas beim Aufbau des Sozialismus. ... Die Entwicklung der Produktivkräfte erfordert auch einen Prozess der Akkumulation. ... Mao Zedong hat frühzeitig ernste Mängel in dieser Beziehung festgestellt. ... Es müsse ... zwischen Sozialismus und Kommunismus ... unterschieden werden. Er kritisierte Auffassungen, das Geld und die Warenwirtschaft abzuschaffen. Auf mehreren zentralen Tagungen wurden Fragen von Fehlentwicklungen diskutiert, aber ohne dass eine grundlegende Verbesserung der Situation eingetreten ist.“ (34)

Von einer völlig anderen Seite, nämlich der Volkswirtschaftsplanung in einem künftig „freiheitlichen Sozialismus“ nähern sich der Computerspezialist Cockshott und der Ökonomieprofessor Cottrell aus Schottland dem Thema: „Unseres Wissens nach war das einzige Beispiel für die Anwendung marxistischer Distributionsprinzipien die Einrichtung der Volkskommunen in China während der 60er und 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts.“ ... „Nur in China wurde die Frage der Abschaffung des bourgeoisen Systems der Lohndifferenzierung zu einem brennenden politischen Thema. Es war die Schlüsselfrage während der Kulturrevolution. Mit der damaligen Niederlage der Linken und der Durchsetzung der Deng-Linie wurde eine weitere Verwirklichung des Marxschen Programms unmöglich.“ (35)

Der „kritische Kommunist“ Theodor Bergmann gibt dazu den folgenden Kommentar: „Am Anfang des Prozesses der Kollektivierung der chinesischen Landwirtschaft gab es einen positiven Kooperationseffekt. Der erzwungene Faktorbeitrag der Landwirtschaft zur allgemeinen Entwicklung des Landes wurde aber allmählich zu einer immer schwereren Belastung, die den landwirtschaftlichen Fortschritt hemmte und die Bauernschaft demotivierte. ... Eine Entfremdung zwischen politischer Führung und den Agrarproduzenten und die Stagnation, ja sogar der Niedergang der landwirtschaftlichen Produktion waren die zwangsläufige Folge.“ (36)

Die mit der Praxis in der Volksrepublik China verbundenen Spannungen und Konflikte führten schließlich dazu, dass fast 30 Jahre nach dem Sieg der Revolution erstmals die

Fragestellung nach dem Sinn des „permanenten Vorantreibens der Revolution“ aufkam, vergleichbar mit dem, was Lenin 1921 als grundsätzliches Problem für den Erfolg des revolutionären Prozesses in Sowjetrußland kennzeichnete. Die politischen und wirtschaftspolitischen Korrekturen, die dann in China erfolgen, verbinden sich mit dem Namen Deng Xiaoping und mit dem Begriff der „Politik von Reform und Öffnung“. Mit dieser Politik wird - völlig anders, als in vielen Publikationen dargestellt - sehr vorsichtig begonnen, marktwirtschaftliche Elemente zu nutzen. Dabei zeigte sich, dass „Marktwirtschaft“ - oder besser: Ware-Geld-Beziehungen - keine „Feinde“ des Sozialismus sind. In der Darstellung von Bergmann heißt es: „Von 1978 an werden versuchsweise die Volkskommunen in den Provinzen Sichuan und Anhui abgebaut und durch das Verantwortlichkeitssystem ersetzt. 1980/81 wird diese Reform auf ganz China ausgedehnt. Es werden erste Schritte unternommen, um die Pflichtablieferung der Bauern zu begrenzen und die Rationierung auf wenige Produkte zu beschränken.“ (37) „Die Reformer lehnen es ab, Plan und Markt weiterhin als unvereinbare Gegensätze zu betrachten; ... China verneint die Ansicht, dass `Planung und Markt als eine Norm zur Unterscheidung zwischen der sozialistischen und kapitalistischen Wirtschaft` zu betrachten sei.“ ... (38) Von diesem Zeitpunkt an gesellen sich zu den traditionellen Anfeindungen der imperialistischen Kräfte die Belehrungen und Verurteilungen durch „linke und rechte Freunde“.

\*

Zu den grundlegenden Voraussetzungen des Sozialismus, einer siegreichen proletarischen Revolution, gehört eine revolutionäre Klasse, die nur soweit revolutionär werden und sein kann, wie sie von einer revolutionären Vorhut, einer entsprechenden Partei geführt wird. Das weiß auch Spanidis. Deshalb kommt er nicht umhin, seine Sicht auf den sozialökonomischen Charakter der Volksrepublik China mit einer „Entlarvung“ der KP Chinas zu beginnen: „Die KP Chinas sieht sich laut Statut nicht nur als `Vorhut der Arbeiterklasse`, sondern auch als `Vorhut des chinesischen Volkes und der chinesischen Nation` (!), was die Bourgeoisie inklusive ihrer imperialistischen Fraktion einschließt. Ihre Politik versteht sich also explizit als Interessenvertretung auch des Kapitals. ... Die Partei dient der Bourgeoisie als Karrierekanal sowie als Feld zum Ausgleich ihrer widersprüchlichen Interessen, ...“ (39)

Natürlich kann eine kommunistische Partei, selbst eine mit großer revolutionärer Tradition und mit historischen Erfolgen - wie wir inzwischen wissen - völlig auf den „revisionistischen Hund“ kommen und die größte Niederlage der kommunistischen Bewegung verursachen, doch muss gerade dieser Vorgang jeden hüten, der aus diesem Desaster in der Sache weiterführende Schlussfolgerungen ziehen will, sich mit vereinfachenden, pauschalisierenden und vor allem theoretisch oberflächlichen Erklärungen zufrieden zu geben.

Zunächst ist zur Kenntnis zu nehmen, dass die von Spanidis verteufelte kommunistische Partei im Unterschied zu den ehemals in der UdSSR und in den anderen sozialistischen Ländern Europas führenden Parteien noch existiert. Ohne sie gäbe es heute keinerlei Gründe, darüber zu diskutieren, ob China noch sozialistisch sei. Zu den Ereignissen, die über den Weg Chinas entschieden, gehören die Vorgänge am 4. Juni 1989. Nach Bergmann wurde - im Gegensatz zur Faktenlage - an diesem Tag ein Sitzstreik von Studenten „mit der brutalen Vernichtung unbewaffneter Menschen“ (40) beendet. Eine friedliche Konfliktlösung sei möglich gewesen. Er verwendet nicht den Begriff „Massaker“, der wird von den Institutionen der ideologischen Kriegsführung kreiert, um zu fixieren, wie der Charakter der Geschehnisse zu deuten ist. Bei der DDR und in einigen anderen sozialistischen Ländern wurden ähnliche Vorgänge, die im Unterschied zu China für die

Reaktion erfolgreich verliefen, „friedliche Revolutionen“ genannt.

Bergmanns intellektuelle Beweglichkeit zeigt sich dann bei der weiteren Bewertung der Vorgänge. Deng Xiaoping, der für die Abwehr des konterrevolutionären Angriffs stand, wird nun bei ihm zum Konservativen, der um seinen „Vormundschaftssozialismus“ fürchtet.

Bergmann ignoriert völlig, dass die Forderungen nach „Säuberung der Partei von korrupten Funktionären“, nach „mehr Demokratie“ usw. zu einer Zeit erhoben wurden, als in der UdSSR die KPdSU die sozialistische Ordnung des Landes aufs Spiel setzte, als in Ungarn die Grenze nach Österreich geöffnet und damit begonnen wurde, das Sicherheitssystem der Staaten des Warschauer Vertrages an der Grenze zu den NATO-Staaten zu zerstören und politische Auflösungserscheinungen in verschiedenen sozialistischen Ländern erkennbar waren.

Die strikte Ablehnung der mehrfach gestellten Forderungen nach Räumung des Tian'anmen-Platzes durch die Besetzer lässt sich mit einem tiefen Demokratiebedürfnis von Studenten, deren Friedfertigkeit Grenzen hatte, nicht erklären. In dieser zugespitzten Klassenkampfsituation haben die chinesischen Kommunisten im Unterschied zu den führenden Parteien in Europa, allen voran die KPdSU, nicht versagt. „Ich habe mich lange gefragt, ob unsere Kader die Führung der KP Chinas und den Sozialismus mit großer Entschlossenheit verteidigen würden, wenn wir eines Tages mit einer Krise wie der „Farbenrevolution“ konfrontiert würden. Ich bin überzeugt, die Mehrheit der Parteimitglieder und -kader wird es tun.“ (41)

Hier ist nicht der Platz für die Analyse der Ursachen der Niederlage. Aber interessant und von größter Bedeutung ist doch die Frage nach den Gründen der weiteren Existenz der sozialistischen Staaten in Asien und auf Kuba nach dem Sieg des Imperialismus über den Hauptteil dessen, was das sozialistische Weltsystem ausmachte. Wirtschaftliche Faktoren, darunter die Produktivitätssituation, können es nicht allein und in erster Linie gewesen sein, weil die eher gegen die asiatischen Länder gesprochen hätten. Man kommt dem Kern des Problems vermutlich näher, wenn man die Bedingungen eines erfolgreichen revolutionären Weges in der Qualität der führenden Kraft der sozialistischen Gesellschaft sucht. Sie war nicht nur in der KPdSU ernsthaft beeinträchtigt durch eine zunehmende Selbstgefälligkeit, vor allem in ihrer Wirkung auf die Beziehung zwischen Partei und Volk, durch einen um sich greifenden Voluntarismus und nicht zuletzt und damit verbunden durch eine deutliche und tiefgehende theoretische Verflachung.

Hier steht im Zentrum die Gesellschaftstheorie vom politischen System, der Diktatur des Proletariats und vom ökonomischen System des Sozialismus. Auf der Grundlage der Annahme, dass es real wäre, nach der Eroberung der politischen Macht in einem halben Jahrhundert die Schwelle des Kommunismus zu erreichen, gab es keine Veranlassung mehr, über die weitere Gestaltung der politischen und ökonomischen Mechanismen des Sozialismus nachzudenken. Gerade das aber haben die chinesischen Kommunisten getan, hin und wieder belächelt von den etablierten kommunistischen Kräften in Europa.

\*

Die Fähigkeit, den revolutionären Weg nicht zu verlassen, hat die KPCh in vielen Kämpfen immer wieder neu erwerben müssen. Knapp 10 Jahre nach Beseitigung des jahrtausendealten Feudalsystems, der Gründung der Republik China unter Sun Yatsen und des Beginns der „Alten Demokratischen Revolution“ gründeten 13 Delegierte eines illegalen Kongresses 1921 in Shanghai die Kommunistische Partei, vorwiegend Intellektuelle und Studenten. Sie überlebten in der Mehrzahl nach kurzer Zeit ihre Entscheidung nicht. Zu den wenigen, die dem Mordterror entkamen, gehörte Mao Zedong.

Ein Jahr später auf dem 2. Parteitag der KPCh wird ein Programm verabschiedet, das als maximale Zielstellung die Errichtung des Kommunismus und in der Minimalvariante den „Kampf der demokratisch-revolutionären Bewegung“ gegen die feudalen Kräfte, die Herstellung der vollen Unabhängigkeit der chinesischen Nation vom Imperialismus und die Einigung ganz Chinas in einer wirklichen demokratischen Republik vorsieht. Die beginnende antifeudale, antiimperialistische und später gegen das bürokratische Kapital gerichtete Revolution vollzog sich bereits unter der Führung der KPCh. Sie bildete mit der Kuomintang (Nationale Volkspartei) eine antiimperialistische und antifeudale Einheitsfront. Es kam zum Aufbau einer revolutionären Basis und zur Gründung einer national-revolutionären Armee.

Die reaktionäre Macht blieb in den Händen der provisorischen Regierung, aus der Sun Yatsen verdrängt worden war, gestützt durch die nationale Bourgeoisie. Im Zuge eines weiteren revolutionären Aufschwungs kommt es 1924 zum ersten Bürgerkrieg mit der Bildung einer Nationalregierung. Die imperialistischen Mächte greifen zunehmend in die militärischen Auseinandersetzungen ein, auf ihren Druck verrät der rechte Flügel der Kuomintang unter Chiang Kai-shek das antiimperialistische Bündnis. Der bildet in Nanking eine Regierung, die dritte auf chinesischem Boden. In der KPCh kommt es zu Auseinandersetzungen über den Charakter der Revolution, die Rolle des Proletariats und die Taktik des Kampfes. Am 1. August 1927 erheben sich kommunistisch geführte Truppen unter Leitung von Zhou Enlai und Zhu De. Die Volksbefreiungsarmee wird gegründet. Es beginnt der zweite Bürgerkrieg, der mit hohen Verlusten der revolutionären Kräfte verbunden ist.

In den 30er Jahren führt Chiang Kai-shek, unterstützt von den USA, mehrere Vernichtungsfeldzüge gegen die revolutionären Kräfte und das gebildete zentrale Sowjetgebiet durch. 1931 erfolgt die Invasion des japanischen Imperialismus in Nord-Ost-China. Der wachsende militärische Druck der inneren Konterrevolution und die imperialistische Aggression zwangen die KPCh zur Aufgabe des zentralen Sowjetgebietes und führten zum überaus opferreichen langen Marsch über 12.000 km bis in das Gebiet von Yenan, wo sich 1935 die Hauptbasis der revolutionären Kräfte bildete.

Die Partei überwindet, jetzt unter Führung von Mao Zedong, linke Abweichungen in den eigenen Reihen. Sie ruft zur Beendigung des Bürgerkrieges und zur Bildung einer antijapanischen Einheitsfront und einer demokratischen Republik auf. Ein Erfolg stellt sich erst 1936 nach der Verhaftung von Chiang Kai-shek durch patriotische Offiziere ein. Die KPCh ist bereit zur Gewährleistung dieser Einheitsfront die Rote Armee den Führungsorganen der Republik zu unterstellen und in den von ihr beherrschten Gebieten die Enteignung der Großgrundbesitzer einzustellen.

Im Juli 1937 beginnt der japanische Großangriff in Nordchina, der den mörderischen Chinesisch-Japanischen Krieg einleitet und der 1945 mit der Kapitulation Japans endet. In dieser Zeit setzt die Kuomintang ihre verräterische Politik fort, sie vervielfacht dadurch die vom chinesischen Volk zu erbringenden Opfer. Erst die im August 1945 beginnende Generaloffensive der chinesischen Achten Marscharmee und der Neuen Vierten Armee, die Sowjetunion war zu dieser Zeit in den Krieg eingetreten, zwangen Japan zur Kapitulation. Es kam zu einem Übereinkommen mit der Kuomintang, das von ihr bald wieder gebrochen wurde. Sie verbündete sich mit dem USA-Imperialismus und begann 1946 eine Generaloffensive. In drei großen Schlachten vernichtete die Volksbefreiungsarmee die Hauptkräfte des Gegners.

Als 1949 die Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes die Zentrale Volksregierung unter Mao Zedong wählte, geschah das im Ergebnis eines Höchstmaßes an revolutionärer Energie, die die chinesischen Kommunisten in einen über zwanzig Jahre währenden Kampf bewiesen hatten. Diese Energie resultierte nicht zuletzt aus Lernprozessen, die

ermöglichten, eine stabile politische Führung zu gewährleisten, eine erfolgreiche Bündnispolitik unter halbkolonialen Bedingungen zu betreiben und die die Fähigkeit begründeten, Massen von Bauern für den nationalen Befreiungskampf und schließlich für die Revolution zu gewinnen.

\*

Was die KPCh für das theoretische Reservoir der kommunistischen Weltbewegung geleistet hat, ist von größter Bedeutung. Nur Unfehlbarkeitsvorstellungen der „fortgeschrittenen“ Parteien, speziell in Europa, konnten der besonderen chinesischen Fähigkeit zu lernen mit einer bestimmten Distanz begegnen. Wer dabei glaubte, dass Lernprozesse in einer kämpfenden revolutionären Partei wie in einem professoralen Studierstübchen stattfinden, war bestenfalls lebensfremd. Die Richtungskämpfe in der Partei waren hart, besonders unter Bedingungen, als eine Persönlichkeit wie die Mao Zedongs in ihren Auffassungen einer kritischen Prüfung unterzogen werden musste. Das aber ist gelungen und im Ergebnis des Streitens und des Lernens entstanden politische Stabilität und Kontinuität.

„Ewig werden wir die historischen Verdienste der drei Generationen von zentralen Führungsmannschaften und des Generalsekretärs Hu Jintao für den chinesischen Sozialismus in Erinnerung behalten. Die Führungsmannschaft der ersten Generation um Mao Zedong ... lieferte zur Schaffung des chinesischen Sozialismus im neuen Zeitalter wertvolle Erfahrungen, die theoretische Vorbereitung und die materielle Basis. Die Führungsmannschaft der zweiten Generation um Deng Xiaoping ... hat den chinesischen Sozialismus erfolgreich begründet. Der Führungsmannschaft der dritten Generation um Jiang Zemin ... ist es gelungen, den chinesischen Sozialismus ins 21. Jahrhundert zu tragen.“ (42)

Für diejenigen, die Lenin als die Vertreter des kleinbürgerlichen Reformismus oder - das Gegenstück - des kleinbürgerlichen Revolutionarismus charakterisiert hat, ist die Politik der KP Chinas bis zu Mao Zedong eine sozialistische/kommunistische und danach eine Politik der Aufgabe sozialistischer Prinzipien und Ziele. Die Änderung der Herangehensweise an die Gestaltung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung trat mit der dritten Plenartagung des XI. Zentralkomitees im Dezember 1978 ein, die die Politik der Reform und Öffnung beschloss. Eine offensichtlich gewordene wirtschaftliche Problemsituation und Erscheinungen von politischer Willkür wurden beendet. Die neuen wirtschaftspolitischen Grundsätze sahen die Einschränkung des vorwiegend administrativ geprägten Lenkungssystems und die Anwendung von marktwirtschaftlichen Elementen in den ökonomischen Beziehungen vor. Zu einem Reizwort wurde bald der Begriff der „sozialistischen Marktwirtschaft“ - und das nicht ganz zu Unrecht, weil Marktwirtschaft, ob mit oder ohne Adjektiv nicht das Wesen des ökonomischen Systems des Sozialismus charakterisiert. Ebenso vereinfachend einseitig ist die Position, die ein sozialistisches Wirtschaftssystem nur dann als solches akzeptiert, das umfassend zentral geplant wird im Sinne eines allgemeinen staatlich organisierten Zuteilungssystems. Dazu hat es in den sozialistischen Ländern, weniger in der Sowjetunion, vielfältige Diskussionen gegeben. In diesem Zusammenhang war aber auch festzustellen, dass das, was Lenin mit der Neuen Ökonomischen Politik in Sowjetrußland dazu gesagt hatte, in der Praxis dieser Länder wenig Berücksichtigung gefunden hat. Und auch schon damals war die Akzeptanz von Ware-Geld-Beziehungen (Markt) im sozialistischen Wirtschaftssystem von den linken Sektierern als Anleihe beim Kapitalismus und eine der Ursachen der Niederlage des Sozialismus ausgemacht worden. Diese Position ist in theoretischer Hinsicht (Lenin) und praktisch belegt falsch. Deshalb sollten sich die Marxisten darüber verständigen, dass man an dieser Stelle nicht immer wieder von vorn anfängt, über die Grundlagen der marxistischen Theorie zu diskutieren.

\*

Das Reformprojekt in China von 1978 bestimmt bis heute die strategischen Überlegungen und die praktische Arbeit der Führung der Kommunistischen Partei der Volksrepublik. Seit 2012 wird die Führungsgarde durch Xi Jinping, dem Generalsekretär des Zentralkomitees der KP Chinas repräsentiert. In der 2014 veröffentlichten Sammlung seiner Reden und Schriften ist die Reformpolitik das Hauptthema und in diesem Zusammenhang das 3. Plenum des XVIII. Parteitags von 2013 von besonderer Bedeutung. Auf ihm werden die Ergebnisse dieser Politik und die weiteren Schritte dabei behandelt. Dazu führt Xi Jinping unter anderem aus: „Seit der historischen Entscheidung des 3. Plenums des XI. ZK der KP Chinas, den Arbeitsschwerpunkt von Partei und Staat hin zum Wirtschaftsaufbau zu verlagern und die Reform- und Öffnungspolitik einzuführen, sind nun schon 35 Jahre vergangen. Wenn das Antlitz des chinesischen Volkes, des sozialistischen China und der KP Chinas so tiefe Veränderungen durchlaufen und unser Land in der internationalen Gemeinschaft einen so bedeutenden Platz einnehmen konnte, dann nur wegen der unermüdlich durchgeführten Reform und Öffnung.“ (43)

„Im Jahr 1992 hat der XIV. Parteitag den Aufbau einer sozialistischen Marktwirtschaft als Ziel der Reform unseres Wirtschaftssystems formuliert. ... Nach mehr als zwanzigjähriger Praxis ist das System der sozialistischen Marktwirtschaft in unserem Land schon in den Grundzügen etabliert, doch es bestehen noch immer viele Probleme, die es zu lösen gilt: Vor allem die ungenügende Regulierung des Marktes führt zu einem allgegenwärtigen Profitstreben mit unlauteren Mitteln.“ (44)

„Nach Abwägung aller Kritikpunkte und der Anforderungen der tatsächlichen Entwicklung, nach wiederholter Beratung und Prüfung ist das Zentralkomitee zu dem Schluss gekommen, dass die Bedingungen nun reif für eine neue theoretische Formulierung zu diesem Thema sind: Man solle die ‚grundlegende Rolle‘ des Marktes bei der Ressourcenallokation in ‚entscheidende Rolle‘ umformulieren. ... Der Markt spielt bei der Ressourcenallokation die entscheidende, keineswegs aber die einzige Rolle. ... Der geplante Beschluss des Plenums fordert deutlich, die Rolle der Regierung besser zu entfalten. Er betont, wissenschaftliche Makrosteuerung und effektive staatliche Regulierung seien inhärente Anforderungen für die Entfaltung der Überlegenheit des Systems der sozialistischen Marktwirtschaft.“ (45)

Der geplante Beschluss des Plenums betont: „Wir müssen unbeirrt den öffentlichen Sektor der Wirtschaft konsolidieren und entwickeln, an der zentralen Stellung des Gemeineigentums festhalten, die führende Rolle des staatlichen Sektors entfalten und die Dynamik, Steuerungsfähigkeit und den Einfluss des staatlichen Sektors kontinuierlich erhöhen.“ (46)

Die grundlegenden Voraussetzungen für die Verwirklichung dieser Politik werden in diesem Zusammenhang immer wieder betont: „Die Kernfrage bei der Verbesserung des Arbeitsstils der Partei ist, ob es gelingt, die enge Verbindung zur Bevölkerung zu wahren. Den Kontakt zum Volke zu verlieren, würde die größte Bedrohung für unsere Partei bedeuten. ... Wie wir mehrmals betont haben, sind weder der Avantgarde-Charakter noch die Führungsrolle der KP Chinas unveränderliche Konstanten. Auch wenn unsere Partei in der Vergangenheit die Rolle des Fortschritts und der Regierungspartei verkörpert hat, garantiert das noch lange nicht, dass dies auch immer so bleiben wird. ... Wie kann es uns nun gelingen, den Avantgarde-Charakter und die Integrität der Partei zu wahren und das Fundament ihrer Regierungsführung sowie ihre Führungsrolle zu festigen? Der Schlüssel liegt darin, uns auf die Massenlinie zu stützen und die enge Verbindung zum Volk zu suchen.“ (47)

„Wie kann sich die Sache der Partei und des Volkes weiterentwickeln, wenn es zu viele aalglatte Beamte, Ja-Sager, Kader, die die Schuld immer auf andere schieben und

Wendehälse gibt? Diese Phänomene sind äußerst gefährlich und müssen mit aller Kraft gelöst werden.“ (48)

So wie die Diskussion über den sozialökonomischen Charakter der Volksrepublik China verläuft, ist sie im Wesentlichen ein Ausdruck des ideologischen Kampfes. Sie ist Bestandteil der ideologischen Kriegsführung der imperialistischen Mächte - man beachte nur die Themen, die jeweils in die öffentliche Debatte hineingetragen worden sind (eines der letzten Glanzlichter lieferte der Pfarrer Gauck, der chinesischen Studenten beizubringen versuchte, dass materieller Wohlstand mit Blick auf Freiheit und Demokratie nicht alles sei). Sie ist aber auch Ausdruck des Kampfes, der seit dem Sieg des Marxismus in der Arbeiterbewegung geführt wird und z.B. in Lenins „Der `linke Radikalismus´, die Kinderkrankheit des Kommunismus“ von 1920, bezogen auf Dogmatismus und Sektierertum, dokumentiert worden ist. Dieser Kampf verunsichert nicht nur bezogen auf das hier angesprochene Thema große Teile des sogenannten linken Spektrums. Sich dessen bewusst zu werden wäre eine Voraussetzung für die erfolgreiche Verteidigung der theoretischen Grundlagen des Marxismus-Leninismus und für das Wirken einer erfolgreichen kommunistischen Partei.

\*

Die Berichterstattung über China operiert vorwiegend - was zunächst nicht zu bemängeln ist - mit absoluten Zahlen zur Kennzeichnung der wirtschaftlichen und sozialen Situation. Sie vermitteln dadurch aber ein Bild des „Übergewichts“ dieses Landes in der Welt. Und das ist gewollt.

In der Neujahrsansprache zum dem jetzt zu Ende gehenden Jahr sagt Xi Jinping in seiner Funktion als Staatspräsident u.a. „Der Bau des von China entwickelten Großraumflugzeuges C 919 ist fertig gestellt worden. Chinas Supercomputer liegt, was die Rechenleistung angeht, nun schon sechs Jahre in Folge weltweit auf dem ersten Platz.“ Und, da er ja aus diesem Anlass von bedeutenden Vorgängen spricht: „Es liegt mir am Herzen, dass Dutzende Millionen ländliche Bewohner ein besseres Leben haben können. ... Die Partei und das ganze Land müssen die Aufgabe mit vereinten Kräften erledigen, damit alle armen Leute in ländlichen Gebieten so schnell wie möglich von der Armut befreit werden können.“ (49)

Das kennzeichnet etwa die Entwicklungs- und Problemspanne des Landes.

„Gegenwärtig ist China nach wie vor ein bevölkerungsreiches Land mit einer schwachen wirtschaftlichen Grundlage, und ein Ungleichgewicht in seiner Entwicklung ist deutlich erkennbar. Obwohl unsere Wirtschaftsleistung groß ist, liegt das durchschnittliche Bruttoinlandsprodukt, teilt man es durch eine Anzahl von über 1,3 Milliarden Menschen, weltweit etwa noch auf dem Rang neunzig. Nach den Kriterien der Vereinten Nationen leben in China noch 128 Millionen Menschen unterhalb der Armutsgrenze.“ (50)

Werden bei den ökonomischen (und anderen) Leistungskennziffern die Bevölkerungsgröße nicht berücksichtigt, kommt man zu einer problematisch einseitigen Sicht, bei der z.B. eine Bedrohung der ökonomischen und sozialen Standards der kapitalistischen Länder aufgebaut werden kann. Kürzlich war das im Zusammenhang mit der Stahlkrise zu erleben. Tatsächlich liegt China mit einer Rohstahlproduktion von über 800 Millionen Tonnen weit vor den folgenden großen Produzentenländern. Das ist Japan mit 105 Millionen Tonnen. Nimmt man die spezifischen Kennziffern - die Produktion pro Kopf der Bevölkerung - ergibt sich für die Volksrepublik eine Größe von 0,58 Mio. Tonnen, für Japan 0,84 Millionen Tonnen und den dritt-größten Produzenten Russland mit 0,49 Mio. Tonnen.

Ähnliche Relationen würden sich ergeben, wenn man z.B. den PKW-Bestand, den

Kohlendioxid-Ausstoß oder viele andere ökonomische Faktoren betrachtet.

\*

Man darf bei der Bewertung dessen, was ist, nicht vergessen, was war. Nur im geschichtlich gegebenen Zusammenhang sind die gesellschaftlichen Erscheinungen, wie sie sich heute darbieten, zu verstehen.

Beachten wir deshalb, dass im Jahr der Gründung der Volksrepublik mit einer Bevölkerungszahl von etwa 460 Millionen knapp 90 Prozent der Menschen auf dem Lande lebten und die Hungersnöte noch mehrere Jahre grassierten. Bis zum Beginn der Reformpolitik wurde eine Konsolidierung des Staates, der Wirtschaft und des Lebens der Menschen erreicht. Bis 1980, der Zeit, in der die Reformpolitik begonnen hatte, wuchs die Bevölkerung auf 987 Millionen Einwohner, von denen immer noch 81 Prozent auf dem Lande lebten und damit unter Wirtschaftsbedingungen mit relativ niedrigem Produktivitätsniveau. Die Landwirtschaft, d.h. die Bauern, hatte bis dahin den Hauptbeitrag für die Stärkung der Akkumulationskraft geleistet. Später wurden sie spürbar entlastet. Nach absoluten Zahlen betrachtet hatte sich die Wirtschaftsleistung des Landes schneller als die im internationalen Durchschnitt entwickelt, nach den relativen Kennziffern, das heißt mit der Pro-Kopf-Leistung gerechnet, blieb China noch weit unter dem Niveau der industriell entwickelten Länder. Das ist bis heute ein zu lösendes Problem. Im Unterschied zu jedem kapitalistischen Land löst China aber dieses Problem zielstrebig. Und das ist nicht nur an den ökonomischen Kennziffern, sondern auch an den Daten der Entwicklung des sozialen Status abzulesen.

Gegenwärtig beträgt die Bevölkerungszahl des Landes 1,37 Milliarden Einwohner (2015), wobei der Anteil der Landbevölkerung auf etwa 45 Prozent zurückgegangen ist. Das bedeutet, dass es seit der Gründung der Volksrepublik eine inländische Wanderung von etwa 700 Millionen Landbewohnern in die Städte gegeben hat, die zwar mit großen Problemen, aber nicht mit Katastrophen, wie wir sie in anderen Zusammenhängen erlebt haben, verbunden war. Das hatte z.B. zur Folge, dass jährlich Millionen von Arbeitsplätzen geschaffen werden mussten. Allein 2015 waren es über 13 Millionen. Die Arbeitslosigkeit konnte seit dem Wirksamwerden der Reformpolitik auf einem Niveau von 4 Prozent gehalten werden. Immer noch zu viel, sagen diejenigen, die die Zusammenhänge ignorieren oder bei denen sich die Welt nach deren Prinzipien richten muss.

Nach den Zahlen des Amtes für Statistik der VR China - dem Verfasser liegen sie seit 2001 vor - stieg das Bruttoninlandsprodukt in den letzten 15 Jahren auf rd. 708 Prozent, die Einkommen der Stadtbevölkerung auf rd. 455 Prozent und die der Landbevölkerung auf 483 Prozent. Die steigende Wirtschaftsleistung wird also in der sozialen Situation deutlich spürbar. Diese wirtschaftlichen Leistungen des Landes werden kaum noch infrage gestellt, wobei gern unterschlagen wird, dass sie auch auf Gebieten vollbracht werden, die z.B. der Sicherung der Lebensbedingungen der Menschen dienen. China ist bereits seit Jahren Spitzenreiter in der Nutzung der Windenergie mit einer installierten Leistung, die doppelt so hoch ist wie die der USA. Der Anteil der Kohle an der Energiegewinnung sinkt, während der in Indien z.B. steigt. In Indien ist der Hunger noch längst nicht überwunden. In China wurde in den letzten 20 Jahren ein umfassendes soziales Sicherungssystem (Kranken-, Renten-, Arbeitslosenversicherung) geschaffen. Die medizinische Versorgung erfolgt inzwischen, mit geringen Ausnahmen, kostenlos. Die Preisstruktur im Bereich der Konsumgüter und der Dienstleistungen trägt ausgeprägte soziale Züge.

Für die „linken Rechtgläubigen“ bleibt immer noch die Ausbeutung in privat betriebenen Unternehmen. Darüber zu streiten, dass in kapitalistischen Unternehmen der Mehrwert von den Unternehmern eingestrichen wird, also Ausbeutung herrscht, ist banal. Darüber zu debattieren, ob es in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus kapitalistische Elemente geben könnte, ist nichts Banales, sondern hat etwas mit einer

Wirtschaftspolitik zu tun, die sich schwer in ein Schema von kapitalistisch böse oder kommunistisch gut pressen lässt.

Wir haben nicht davon gesprochen, dass in der Zeit der Reformpolitik eine zunehmende Harmonisierung in der Gesellschaft erreicht worden ist. Das betrifft das Zusammenleben der 56 Nationalitäten, das betrifft den Abbau sozialer Gegensätze, das betrifft nicht zuletzt den Ausbau des Rechtssystems. Die Volksrepublik China ist in dieser Zeit zu einem modernen Land geworden, was alle ökonomischen, sozialen und kulturellen Bereiche betrifft. Sie ist als solches und in ihrer Außenpolitik eine bedeutende Kraft im Kampf der Kräfte für Frieden und Fortschritt.

Die Frage, die Brecht seinen lesenden Arbeiter stellen lässt: „Wohin gingen an dem Abend, wo die chinesische Mauer fertig war, diese Maurer?“ ist inzwischen zugunsten der Maurer entschieden. Die Bauern oder die Arbeiter vom Land, die über sechs Monate des Jahres außerhalb ihrer Gemeinde arbeiten - sie werden Wanderarbeiter genannt - haben am Ort ihrer Beschäftigung eine gediegene Unterkunft, ein Bett und ordentlich zu essen.

Dezember 2016 / Ergänzt Januar 2017

---

## Anhang

- 1) Philosophisches Wörterbuch, VEB Bibliographisches Institut Leipzig 1971, S: 504 und a.a.O., S. 507 (verkehrtes Bewusstsein)
- 2) Theorie und Praxis, Ausgabe 38, Januar 2015, S. 2 ff und Ausgabe 39, Mai 2015, S. 20 ff
- 3) Thanasis Spanidis: Die Diskussion um den Klassencharakter der VR China: Ausdruck der weltanschaulichen Krise der kommunistischen Weltbewegung. In „Theorie und Praxis“, Ausgabe 41, Juli 2016, S. 26
- 4) Zbigniew Brzezinski, Die einzige Weltmacht, Fischer Taschenbuchverlag, 5. Auflage, S. 235
- 5) Thanasis Spanidis: a.a.O., S. 24
- 6) a.a.O., S. 24
- 7) a.a.O., S. 25
- 8) a.a.O., S. 25
- 9) a.a.O., S. 25
- 10) K. Marx, Fr. Engels: Werke, Bd. 4, S. 481, Dietz Verlag Berlin 1959
- 11) a.a.O., Bd. 19, S. 20
- 12) a.a.O., S. 22
- 13) F. Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, MEW Bd. 19, S. 162 ff
- 14) W. I. Lenin: Über „linke“ Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit, Werke Bd. 27, S. 334
- 15) a.a.O., S. 328 und 328/329
- 16) W. I. Lenin: Über die Naturalsteuer, Werke, Bd. 32, S. 364, Dietz Verlag Berlin 1961
- 17) X. Gesamtrussische Konferenz der KPR(B), a.a.O., S 431/432
- 18) a.a.O., S. 440
- 19) VII. Moskauer Gouvernements-Parteikonferenz, W. I. Lenin: Werke, Bd. 33, S. 74, Dietz Verlag, Berlin, 1962
- 20) a.a.O., S. 76/77
- 21) a.a.O. S. 80
- 22) Über die Bedeutung des Goldes jetzt und nach dem vollen Sieg des Sozialismus, a.a.O., Seiten 90, 93, 94
- 23) IV. Kongreß der Kommunistischen Internationale, a.a.O., S. 407, 408
- 24) a.a.O., S. 413

- 25) IX. Gesamtrussischer Sowjetkongreß, a.a.O., S. 142, 145
- 26) a.a.O., S. 162
- 27) Neue Zeiten, alter Fehler in neuer Gestalt, a.a.O., S. 1
- 28) a.a.O., S. 1
- 29) Philosophisches Wörterbuch, a.a.O., S. 997
- 30) a.a.O., S. 999/1000
- 31) Politische Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus, Lehrbuch für das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium, Dietz Verlag Berlin 1989, S. 434 ff
- 32) Thanasis Spanidis: a.a.O., S. 25
- 33) Richard Corell: Die große proletarische Kulturrevolution - Chinas Kampf um den Sozialismus, Zambon Verlag 2009, S. 87
- 34) Rolf Berthold, Chinas Weg, 60 Jahre Volksrepublik, Verlag Wiljo Heinen, Berlin 2009, S. 142
- 35) W. Paul Cockschott / Allin Cottrell, Alternativen aus dem Rechner, Für sozialistische Planung und direkte Demokratie, PapyRossa Verlag 2006, Seiten 62 und 64/65
- 36) Theodor Bergmann: Rotes China im 21. Jahrhundert, VSA-Verlag Hamburg 2004, S. 55
- 37) a.a.O., S. 57
- 38) a.a.O., S. 66
- 39) Thanasis Spanidis: a.a.O., S. 24
- 40) Theodor Bergmann: a.a.O., S. 69
- 41) Xi Jinping: China regieren, Verlag für fremdsprachige Literatur 2014, Beijing, S. 515
- 42) a.a.O., S. 8
- 43) a.a.O., S. 85
- 44) a.a.O., S. 91
- 45) a.a.O., S. 92/93
- 46) a.a.O., S. 94
- 47) a.a.O., S. 450, 451
- 48) a.a.O., S. 517
- 49) Informationsblatt der Deutsch-Chinesischen Freundschaftsgesellschaft Ludwigsfelde e.V.
- 50) Xi Jinping: a.a.O., S. 378

>> Wenn wir als Führungspersonen die Gegebenheiten in einem so großen Land wie China mit einer so großen Bevölkerung, so komplizierten Verhältnissen und so verschiedenen Anliegen des Volkes verstehen wollen, müssen wir es mit dem Bewusstsein tun, „als schritte man auf dünnem Eis und stünde man an einem tiefen Abgrund“ (1), und mit der Haltung, dass man ein großes Land so leiten muss, „wie man kleine Fische kocht“. (2) <<

Xi Jinping

(1) Zitat aus dem Buch der Lieder

(2) Zitat aus *Laozi*